



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
Main Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2008

Diskriminierung

Boshammer, S

Abstract: Das Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie bietet eine umfassende, differenzierte und zugleich kompakte Darstellung der beiden Sachgebiete, die im deutschsprachigen Raum bisher so nicht vorhanden war. Es vereint Einträge zu Sachthemen und zu Personen. Die Sachthemen sind so angelegt, dass sie einen thematischen Bereich erschließen und dabei wissenschaftliche Einzelerkenntnisse und Probleme in größere Zusammenhänge einordnen. Alphabetische Stichwort- und Personenverzeichnisse gewährleisten größtmögliche Übersichtlichkeit und Zugänglichkeit zu Fragestellungen der Benutzer. Das Handbuch richtet sich neben Philosophen und Philosophinnen an eine politisch interessierte Öffentlichkeit sowie an Personen aus Politik, Verwaltung und Publizistik.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-5612>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Boshammer, S (2008). Diskriminierung. In: Gosepath, S; Rössler, B; Hinsch, W. Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie, 2 Bände. Berlin: De Gruyter, 232-238.

Diskriminierung

1. Definition

1.1.

Dem lateinischen Wortstamm zufolge (*discriminare*: unterscheiden, absondern, auslesen) bedeutet ›Diskriminierung‹ soviel wie ›Unterscheidung‹ und bezeichnet sowohl die Wahrnehmung von Differenzen als auch die Differenzierung von Gegenständen oder die unterschiedliche Behandlung von Fällen. In diesem neutralen und eher formalen Sinne, der sich in manchen Verwendungsweisen des Wortes und in einigen Sprachen (vgl. etwa die Verwendung des englischen ›to discriminate‹ bei Singer 1978; Lucas 1965) erhalten hat, kann die Fähigkeit zur Diskriminierung als eine notwendige Voraussetzung des Wahrnehmens und Denkens gelten.

1.2.

In philosophischen, rechtlichen, sozialwissenschaftlichen, politischen und alltagssprachlichen Zusammenhängen ist der Begriff der Diskriminierung im Deutschen dagegen negativ konnotiert. Er dient hier zur Bezeichnung von Unterscheidungen, die als *ungerechtfertigt* betrachtet werden, weil sie moralisch bedeutungslose bzw. im jeweiligen Kontext irrelevante Unterschiede zwischen Menschen zum Anlass für die ungleiche Verteilung von Lasten und Vorteilen oder für die herablassende Behandlung von Personen nehmen. Klassische Beispiele von Diskriminierung sind die Benachteiligung oder Missachtung von Personen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Muttersprache und ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer Religionszugehörigkeit. Insofern Merkmale wie die genannten hier als Grund für die (vergleichsweise) *schlechte* Behandlung von Personen fungieren, sind diskriminierende Handlungen mehr oder weniger direkt mit einer bewussten oder unbewussten *Abwertung* der jeweiligen Eigenschaften verbunden. Die entsprechenden (Un-)Werturteile kommen in Form von stereotypen Vorurteilen über die Gruppe der Merkmalsträger zum Ausdruck (vgl. Markefka 1995), die sowohl zur Motivation der Benachteiligung als auch zu ihrer nachträglichen Rechtfertigung dienen können. Da sie häufig den Verweis auf das diskriminierende Differenzierungskriterium ersetzen, ist Diskriminierung oft nur schwer nachweisbar.

1.3.

Der Begriff der Diskriminierung bezeichnet die ungerechtfertigte Ungleichbehandlung sowie die Missachtung von Personen aufgrund (von stereotypen Vorurteilen bezüglich) bestimmter ihrer Eigenschaften, die die Benachteiligung, Herabsetzung oder soziale Exklusion der (Gruppe der) jeweiligen Merkmalsträger zum Ziel oder zur Folge hat.

2. Problem- und Begriffsgeschichte

Diskriminierung als Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem ist in der Philosophie spätestens seit Aristoteles' Ausführungen zur Gerechtigkeit als Proportionalität (vgl. Aristoteles, EN V, 1131ff.) Gegenstand der Betrachtung. Gleichwohl war die unterschiedliche Behandlung von Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen noch bis weit in die Neuzeit hinein ein weitgehend unhinterfragtes Element des politischen Lebens und philosophischen Denkens. Erst im Zuge der liberalen Behauptung der grundlegenden Gleichheit aller Menschen, die in Lockes Erklärung »Die Menschen sind von Natur aus alle frei, gleich und unabhängig« (Locke 1690, § 95) einen berühmten Ausdruck findet, wurde gegen Ende des 17. Jahrhunderts das normative Fundament freigelegt, in dem die für den modernen Diskriminierungsbegriff kennzeichnende *Verurteilung* solcher Praktiken wurzelt. Vor dem Hintergrund des Gleichheitsideals werden in der Folge bestimmte Formen von Ungleichbehandlung rechtfertigungsbedürftig und bestimmte Formen ihrer Rechtfertigung moralisch diskreditiert. Eben diese angesichts der normativen Gleichheit aller Menschen als ungerechtfertigt geltenden Unterscheidungen werden in entsprechenden Diskriminierungsverboten als fragwürdig gekennzeichnet. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden diese Verbote schließlich auch rechtlich kodifiziert.

2.1.

Dabei hat sich der Katalog der im Rahmen der Begründung von Ungleichbehandlungen unter Diskriminierungsverdacht stehenden Merkmale im Laufe der Zeit zunehmend ausgedehnt. Während sich die ersten Diskriminierungsverbote vornehmlich auf die Hautfarbe, die Herkunft, das Geschlecht, die ethnische Zugehörigkeit, die ›Rasse‹ sowie das religiöse Bekenntnis von Personen konzentrierten, wird der Diskriminierungsbegriff heute auch im Zusammenhang von Ungleichbehandlungen verwendet, die an das Alter von Personen (Altersdiskriminierung, *ageism*), ihren Gesundheits- bzw. Krankheitszustand (Diskriminierung von HIV-Infizierten und AIDS-Kranken), ihre sexuelle Orientierung (Diskriminierung von Homosexuellen), ihre genetische Ausstattung (genetische Diskriminierung), ihre soziale Position (Diskriminierung von Obdachlosen, Armen) sowie an sog. Behinderungen anknüpfen. Im Zusammenhang der Forderung nach Rechten für Tiere dient er darüber hinaus zur Kritik an der ungleichen Behandlung von Lebewesen aufgrund ihrer Gattungszugehörigkeit (speziesistische Diskriminierung, vgl. Singer 1989).

2.2.

Während die Forschung zur Diskriminierung sich lange Zeit vornehmlich auf das diskriminierende Individuum konzentrierte und von einer direkten Verbindung von vorurteilsbehafteter individueller Einstellung und subjektivem Diskriminierungsverhalten ausging (*direkte/intentionale Diskriminierung*), konzentrierte man sich ab Mitte der 1960er Jahre weit stärker auf sozio-strukturelle und historische Bedingungsfaktoren von Diskriminierung. Entsprechende Erklärungsansätze (Interessentheorie, Theorie des internen Kolonialismus, vgl. Terkessidis 1998) betrachten Diskriminierung nicht als ein auf individuellen Vorurteilen basierendes Fehl- und Abwehrverhalten. Sie verstehen sie als objektives, institutionelles Phänomen, das in sozialen Hierarchien manifestiert ist und weitgehend unabhängig von den Absichten und Einstellungen individueller Akteure indirekt und im Verborgenen über die Verteilungsinstitutionen der Gesellschaft wirkt (*indirekte/strukturelle/mittelbare Diskriminierung*). So begreift das Konzept der sog. *institutionellen Diskriminierung* (vgl. Gomolla/Radtke 2002) diese als ein zweckrationales Instrument im Konkurrenzkampf verschiedener sozialer Gruppen um knappe Ressourcen, wobei die entsprechenden Vorurteile nicht als Ursache oder Auslöser, sondern vielmehr im Sinne einer nachträglichen Rationalisierung exkludierender Verhaltensweisen zum Schutz der Interessen dominanter Gruppen zu interpretieren sind. Diskriminierung ist demnach nicht notwendigerweise mit individuellen

Schädigungsabsichten, intendierten Missachtungen von Personen oder entsprechenden kollektiven Unwerturteilen verbunden. Sie wirkt vielmehr absichtslos durch die Institutionen der Gesellschaft. Weil diese von vergangenen Diskriminierungen geprägt (»past-in-present-discrimination«) und daher den Bedürfnissen und Interessen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen nicht gleichermaßen gut angepasst sind, wirken sie zum Nachteil der Angehörigen sozialer Minderheiten. Insofern die sozialen Strukturen in vielfältiger Weise miteinander verknüpft sind, erfasst das Konzept der institutionellen Diskriminierung auch sog. side-effect-discrimination, also Auswirkungen direkter Diskriminierungen in einem Bereich der Gesellschaft, z.B. im Bildungssystem, in einem anderen Bereich, z.B. im Arbeitsleben.

2.3.

Die Konzentration der Forschung auf die strukturellen Bedingungen und Konsequenzen von Diskriminierung führt auch mit Blick auf entsprechende Anti-Diskriminierungskonzepte zu weit stärker institutionell und ergebnisorientiert ausgerichteten Konzeptionen (vgl. Gomolla/Radtke 2002). So werden die als individualrechtliche Maßnahmen zum Schutz einzelner Personen zu interpretierenden klassischen Diskriminierungsverbote seit Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmend um kollektivrechtliche Instrumente ergänzt. Diese sollen der Beseitigung der gruppenspezifischen Folgen vergangener Diskriminierung und dem besonderen Schutz von Minderheiten dienen, unterscheiden sich dabei jedoch in maßgeblicher Hinsicht von den ursprünglichen Diskriminierungsverboten (vgl. Boshammer 2003). Diese fokussieren auf den *Prozess* der Verteilung von Gütern sowie die *Auswahl der Verteilungskriterien* und formulieren ausschließlich negative Vorschriften: Sie sagen nicht, wie verteilt werden soll, sondern nach welchen Kriterien *nicht* verteilt werden darf. Sie schreiben weder Gleichheit im Ergebnis noch Gleichbehandlung im Verfahren vor, sondern untersagen lediglich bestimmte Begründungen für Ungleichbehandlungen. Im Gegensatz dazu steht bei den genannten kollektivrechtlichen Maßnahmen (z.B. Quoten) die *Gleichstellung von Gruppen* und die Beseitigung bzw. Verhinderung institutioneller Formen von Diskriminierung im Vordergrund (vgl. Rössler 1993). Dabei schreiben sie zum Zweck der Kompensation vergangener und/oder der Verhinderung zukünftiger Diskriminierung die ausdrückliche Berücksichtigung etwa des Geschlechts von Personen vor und formulieren positive Unterstützungspflichten des Staates oder öffentlicher Institutionen gegenüber den Angehörigen der entsprechenden Gruppen. Insofern im Rahmen dieser Maßnahmen nicht die faktische Benachteiligung des einzelnen Individuums, sondern allein seine Zugehörigkeit zu einer als benachteiligt geltenden Gruppe den Grund für die ungleiche, d.h. hier bevorzugende Behandlung liefert, sind derartige Anti-Diskriminierungsprogramme ihrerseits dem Vorwurf sog. umgekehrter Diskriminierung (inverse/reverse/positive discrimination) ausgesetzt (vgl. Cahn 1995).

3. Stand der systematischen Diskussion

In den aktuellen philosophischen Kontroversen zur Diskriminierung herrscht Einigkeit darüber, dass Diskriminierung kein Problem vergangener Jahrhunderte, sondern ein auch in modernen Gesellschaften zu beobachtendes Phänomen ist. Zugleich ist unstrittig, dass es sich bei ihr um ein schwerwiegendes Übel handelt. Dieser Konsens hat jedoch insofern wenig Gehalt, als man sich weder auf eine einheitliche Begründung der moralischen Verurteilung von Diskriminierung noch auf eine einheitliche Verwendungsweise des Diskriminierungsbegriffs verständigen kann. Damit sind die beiden zentralen Problembereiche der Debatte benannt.

3.1.

Mit Blick auf das Phänomen der Diskriminierung lassen sich Bezeichnung und Bewertung kaum voneinander trennen. Diskriminierung gilt per se als moralisch verwerflich, als ungerecht und unfair, auch wenn sich zweifellos schwerwiegendere Fälle von weniger gravierenden unterscheiden lassen. Doch was genau ist an Diskriminierung falsch und worin unterscheidet sie sich von anderen Ungerechtigkeiten? Betrachtet man die philosophischen Antworten auf diese Frage, lassen sich zwei grundlegende, häufig miteinander verbundene Argumentationsweisen der moralischen Kritik an Diskriminierung unterscheiden, von denen die eine sich vornehmlich auf die Folgen (s.u.), die andere stärker auf den Vorgang der Diskriminierung als solchen (s.u.) bezieht. Dieser ist dabei seinerseits vom konkreten Inhalt diskriminierender Behandlung – der von verbalen Beleidigungen über die Verweigerung von Beförderungen bis hin zu Sklaverei und Völkermord reichen kann – zu unterscheiden. Die moralische Bewertung von Diskriminierung betrifft nicht die Art, wie Menschen behandelt werden, sondern die Gründe dafür, warum gerade sie auf diese Weise behandelt werden: »Zwei Dinge müssen hier getrennt werden: die Art der Auswahl der Opfer und das, was ihnen angetan wurde.« (Cavanagh 2002, 167) Wer zeigen will, dass Diskriminierung moralisch verwerflich ist, muss daher plausibel machen, dass mit der Auswahl der Opfer etwas nicht stimmt.

Diskriminierung ist ein soziales Phänomen, das einzelne *Individuen* schädigt, dabei bestimmte *Gruppen* in besonderer Weise betrifft und das Zusammenleben der Menschen innerhalb einer *Gesellschaft* nachhaltig beeinträchtigen kann. Der Blick auf die Folgen von Diskriminierung muss daher alle drei Ebenen umschließen. Auf der individuellen Ebene gilt Diskriminierung als verwerflich, insofern sie Menschen bestimmter Güter beraubt, die sie benötigen, um ein gutes Leben zu leben. Opfern von Diskriminierung mangelt es nicht nur an sozialer Anerkennung und Respekt; ihnen werden ggf. Rechte vorenthalten, Arbeitsplätze verweigert oder Bildungschancen verwehrt. Dabei führt die Vorurteilsbedingtheit der diskriminierenden Behandlung von Individuen zu einer Reduktion des Selbstwertgefühls seitens der Opfer und produziert ein Gefühl der Minderwertigkeit und Ohnmacht. Das gilt nicht nur mit Blick auf die individuellen Opfer, sondern betrifft auch die Lebensperspektiven anderer Mitglieder der diskriminierten Gruppen. »Sogar jene [Frauen], die selbst nicht wegen [...] ihres Geschlechts benachteiligt worden sind, hatten unter den Folgen der Benachteiligung anderer Frauen zu leiden. Ich meine v.a. den Mangel an Selbstvertrauen und Selbstachtung, der doch unweigerlich in einem Gemeinwesen eintritt, in dem einem [...] wegen des Geschlechts die vollwertige Mitgliedschaft in der Gesellschaft verweigert wurde.« (Thomson 1993, 45) Diskriminierung erzeugt auf diese Weise einen Assimilationsdruck, der auf den Mitgliedern der entsprechenden Gruppen lastet, und bedroht so die Vielfalt der Lebensweisen innerhalb einer Gesellschaft. Sie hat zur Folge, dass sich bestimmte Merkmalsdifferenzen zwischen den Menschen als soziale Ungleichheiten auswirken und erzeugt bzw. stabilisiert das soziale Gefälle. Wo dieser Umstand nicht als solcher beklagt wird, gilt er mindestens insofern als problematisch, als das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen sozialen Gruppen seinerseits den Nährboden für Diskriminierung bildet (vgl. Terkessidis 1998).

Nun hängt die Überzeugungskraft konsequentialistischer Argumentationen von zweierlei ab. Es muss erstens gezeigt werden, dass die befürchteten Folgen tatsächlich »von Übel sind«, was mit Blick auf manche der genannten Effekte der Diskriminierung mindestens strittig ist. Zweitens gilt es den Nachweis zu erbringen, dass diese Folgen auch tatsächlich zu erwarten und zudem Folgen der Diskriminierung sind – und das dürfte im Einzelfall schwierig werden. So wird in der Debatte um die moralische Beurteilung von Diskriminierung gegenüber den folgenorientierten Ansätzen der Einwand laut, diese seien zu wenig diskriminierungsspezifisch. Eine angemessene Beurteilung des Phänomens müsse sich stärker auf die Tatsache konzentrieren, dass der Vorgang der Diskriminierung bereits als solcher grundlegende moralische Prinzipien verletzt (vgl. Cavanagh 2002; siehe auch Woodruff 1995). Hier ist zunächst die Auffassung zu nennen, dass jede Diskriminierung eine Missachtung der Person bedeutet, insofern sie deren Behandlung von Faktoren – nämlich den Vorurteilen anderer – abhängig macht, die mit der Person selber nichts zu tun haben. Der einzelne wird nicht als Individuum wahrgenommen, sondern auf ein bestimmtes Merkmal reduziert, das noch dazu die Grundlage eines entsprechenden Unwert-Urteils bildet. Ein solcher Vorgang ist zutiefst beleidigend und mit dem Respekt vor der Würde des einzelnen und der gleichen Würde aller nicht zu vereinbaren. Insofern Diskriminierung eine Ungleichbehandlung von Personen aufgrund moralisch irrelevanter Kriterien beinhaltet, verletzt sie zudem die Rechte des einzelnen auf die gleiche Berücksichtigung seiner Interessen und seine »Behandlung als Gleicher« (vgl. Dworkin 1977). Was Diskriminierung von anderen Formen der Ungerechtigkeit unterscheidet, wird erkennbar, wenn man diese Aspekte nicht getrennt betrachtet, sondern gleichsam akkumuliert. Das spezifische Übel der Diskriminierung ist dann die Tatsache, dass sie eine Verletzung von Rechten darstellt, die zwar nicht schon als solche, aber im Fall von Diskriminierung immer auch eine Missachtung der Person und ihrer Würde beinhaltet (vgl. Alexander 1992; dagegen Lippert-Rasmussen 2006).

3.2.

Wo Diskriminierung beklagt wird, geht es üblicherweise um eine Ungleichbehandlung von Personen, die als ungerechtfertigt gilt, weil sie im jeweiligen Kontext irrelevante

Merkmale behandelt als seien sie ausschlaggebend (vgl. Nickel 1995).

Jedes Diskriminierungsurteil bezieht sich so mindestens implizit auf *Relevanzkriterien*, an denen sich die Rechtfertigung der jeweiligen (Ungleich-)Behandlung bemisst. In der philosophischen Diskriminierungsdebatte sind diese Relevanzkriterien umstritten. Zunächst liegt es nahe, sie als »sachlogische« Standards zu verstehen, d.h. als normative Kriterien, deren Auswahl sich aus der Natur der Sache ergibt, um die es jeweils geht. Demnach muss eine Ungleichbehandlung dann als ungerechtfertigt und damit potentiell diskriminierend gelten, wenn sie aufgrund eines Merkmals erfolgt, das im jeweiligen Kontext »nichts zur Sache tut«. Diesem Verständnis der Relevanzkriterien zufolge handelt es sich bei den in den Diskriminierungsverboten genannten Merkmalen um Eigenschaften »die mit Blick auf jeden legitimen Zweck bedeutungslos sind« (Goldman 1979, 127). Dem steht entgegen, dass sich durchaus legitime Zwecke denken lassen, mit Blick auf die die Berücksichtigung der genannten Kriterien keineswegs bedeutungslos sein muss. Ob Alter oder Geschlecht einer Person sachlogisch relevant sind und etwa im Zusammenhang der Besetzung bestimmter Arbeitsstellen berücksichtigt werden dürfen oder nicht, hängt vielmehr davon ab, wie man die Sache, um die es hier geht, versteht. Dem sachlogischen Ansatz zufolge muss die Berücksichtigung der in den Diskriminierungsverboten genannten Kriterien also nicht per se als diskriminierend gelten (wohingegen die Zurückweisung von Bewerbern »auf der Basis der Zahl von Vokalen in ihrem Nachnamen« (Cavanagh 2002, 156) ein Kandidat für diskriminierendes Verhalten wäre). Das sachlogische Verständnis der Relevanzkriterien birgt die Gefahr der diskriminierenden Interpretation der Sache, um die es jeweils geht. Diese Schwierigkeit besteht nicht, wenn man die Relevanzkriterien stattdessen als Eigenschaften versteht, die vor dem Hintergrund der Gleichheitsbehauptung nicht relevant sein *sollen* bzw. *dürfen*. Demnach wäre die Hautfarbe einer Person nicht deswegen irrelevant, weil sie nichts zur Sache tut; vielmehr dürfte sie nichts zur Sache tun, weil sie im normativen Sinne als irrelevant zu gelten hat, denn »würde man auf diese Eigenschaften abstellen, wäre dies eine Einteilung der Menschen in verschiedene und auch verschieden »wertvolle« Klassen und Gruppen« (Huster 1993, 193). Die Kennzeichnung der »verdächtigen Merkmale« ist dann eine Frage der Moral, die wesentlich von der jeweiligen Interpretation des Gleichheitsideals abhängig ist.

Um welche Merkmale es sich dabei handelt, ist ein weiterer Streitpunkt innerhalb der Diskriminierungsdebatte, die sich im Bemühen um deren systematische Kennzeichnung vorwiegend an den klassischen Diskriminierungsverboten orientiert. Den dort zur Begründung von Ungleichbehandlungen ausgeschlossenen Eigenschaften ist gemeinsam, dass ihnen eine gewisse Unfreiwilligkeit anhaftet, insofern das Individuum sie nicht wählt und/oder kaum ablegen kann. Diskriminierung gilt daher vielfach als (sachlich) ungerechtfertigte Ungleichbehandlung von Personen aufgrund von Eigenschaften, für die die einzelne Person nichts kann und an denen sie nicht oder nur bedingt etwas ändern kann. Diskriminierung hat einen schicksalhaften Zug, weil sie das soziale Los von Individuen von Merkmalen abhängig macht, für die diese nicht verantwortlich sind. Diese Kennzeichnung lässt eine Erweiterung der bestehenden Diskriminierungsverbote, etwa um Behinderungen, genetische Ausstattung oder sexuelle Orientierung zu. Sie erklärt jedoch nicht, warum eine Ungleichbehandlung von Personen aufgrund ihrer unterschiedlichen Attraktivität, Begabung oder Intelligenz unter keinem vergleichbaren Diskriminierungsverdacht steht. Diese Lücke schließen alternative Systematisierungen der Diskriminierungsmerkmale, die stärker auf den gruppenspezifischen Charakter des Phänomens fokussieren. Demzufolge richtet sich Diskriminierung zwar gegen Individuen, jedoch nur weil und insofern sie als Mitglieder sozial stigmatisierter und benachteiligter Gruppen erkennbar und »diskriminierbar« sind. Dieser Konzeption zufolge sind die potentiellen Diskriminierungsmerkmale nicht schon durch die Tatsache charakterisiert, dass es sich bei ihnen um »unfreiwillige« Eigenschaften handelt. Entscheidend ist vielmehr, dass sie sog. askriptive Merkmale darstellen, d.h. Merkmale, die mit (negativ) bewerteten sozialen (Rollen-)Zuschreibungen verbunden sind und die Zuordnung des Einzelnen zu einer Gruppe ermöglichen (vgl. Schiek 2000, 31ff.). Dieses Konzept erfasst auch die Benachteiligung von Obdachlosen, Asyl-Bewerbern oder AIDS-Kranken als Ausdruck von Diskriminierung, die hier als »Allokation qua Askription« (Gomolla/Radtke 2002, 43) verstanden wird. Sie beinhaltet die (Ungleich-)Behandlung von Individuen aufgrund von (Vor-)Urteilen über eine Gruppe, die als ungerechtfertigt zu gelten hat, weil die entsprechenden Gruppenzuschreibungen einen bloß »statistischen« Charakter haben (statistische Diskriminierung) und keine Aussage über das Individuen erlauben, als solche falsch oder falsch generalisierend, d.h. im Einzelfall unzutreffend sein können. Wo sich das gruppenspezifische Verständnis von Diskriminierung mit der Auffassung verbindet, dass sowohl die Askription, d.h. der Vorgang der sozialen Rollenzuschreibung als auch die Allokation von Gütern institutionalisierte Vorgänge darstellen, die sich nicht als intentionales Handeln von Individuen beschreiben lassen, erfährt der Begriff der Diskriminierung eine spürbare Bedeutungsverschiebung. Insofern dieser von der individuellen Ebene weitgehend gelöst, von subjektiven Schädigungsabsichten und persönlichen Vorurteilen entkoppelt und zudem für eine zunehmende Zahl von Merkmalen sensibilisiert wird, konzentriert sich die Diskriminierungsdiagnose nicht mehr vorrangig auf den *Verlauf*, sondern hauptsächlich auf die *Ergebnisse* sozialer Verteilungsverfahren. So umfasst sie tendenziell alle Struktureffekte, die sich als Ungleichheit zwischen sozialen Gruppen beschreiben lassen. Ob sich die negative Konnotation des Diskriminierungsbegriffs angesichts dieser Erweiterung des Phänomenbereichs beibehalten lässt, wird innerhalb der aktuellen Kontroversen um den Diskriminierungsbegriff in Frage gestellt (vgl. Cavanagh 2002).

4. Forschungsliteratur

Alexander, L., 1992, What Makes Wrongful Discrimination Wrong?, in: University of Pennsylvania Law Review 141.

[Google Scholar](#)

Boshammer, S., 2003, Gruppen, Rechte, Gerechtigkeit, Berlin: de Gruyter.

[Google Scholar](#)

Cahn, S. M. (Hg.), 1995, The Affirmative Action Debate, London: Routledge.

[Google Scholar](#)

Cavanagh, M., 2002, Against Equality of Opportunity, Oxford: Clarendon Press.

[Google Scholar](#)

Dworkin, R., 1977, Bürgerrechte ernstgenommen, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1998.

[Google Scholar](#)

Goldman, A. H., 1979, Justice and Reverse Discrimination, Princeton: Princeton University Press.

[Google Scholar](#)

Gomolla, M./Radtke, F.-O., 2002, Institutionelle Diskriminierung, Opladen: Leske + Budrich.

[Google Scholar](#)

Hastrup, K./Ulrich, G. (Hg.), 2002, Discrimination and Toleration, Dordrecht: Kluwer.

[Google Scholar](#)

Huster, S., 1993, Rechte und Ziele, Berlin: Duncker & Humblot.

[Google Scholar](#)

Lippert-Rasmussen, K., 2006, The Badness of Discrimination, in: Ethical Theory and Moral Practice 9.

[Google Scholar](#)

Locke, J., 1690, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1998.

[Google Scholar](#)

Lucas, J. R., 1965, Against Equality, in: H. A. Bedau (Hg.), Justice and Equality, Englewood Cliffs: Prentice Hall.

[Google Scholar](#)

Markefka, M., 1995, Vorurteile – Minderheiten – Diskriminierung, Neuwied: Luchterhand.

[Google Scholar](#)

Nickel, J. W., 1995, Discrimination and Morally Relevant Characteristics, in: S. M. Cahn (Hg.), The Affirmative Action Debate, London: Routledge.

[Google Scholar](#)

Rössler, B. (Hg.), 1993, Quotierung und Gerechtigkeit, Frankfurt/M.: Campus.

[Google Scholar](#)

Schiek, D., 2000, Differenzierte Gerechtigkeit. Diskriminierungsschutz und Vertragsrecht, Baden-Baden: Nomos.

[Google Scholar](#)

Singer, M. G., 1978, Some Thoughts on Race and Racism, in: Philosophia 8.

[Google Scholar](#)

Singer, P., 1989, All Animals Are Equal, in: T. Regan/P. Singer (Hg.), Animal Rights and Human Obligations, Englewood Cliffs: Prentice Hall.

[Google Scholar](#)

Terkessidis, M., 1998, Psychologie des Rassismus, Opladen: Westdeutscher Verlag.

[Google Scholar](#)

Thomson, J. J., 1993, Bevorzugung auf dem Arbeitsmarkt, in: B. Rössler (Hg.), Quotierung und Gerechtigkeit, Frankfurt/M.: Campus.

[Google Scholar](#)

Woodruff, P., 1995, What's Wrong With Discrimination?, in: S. M. Cahn (Hg.), The Affirmative Action Debate, London: Routledge.

[Google Scholar](#)

Zugang bereitgestellt von: UZH Hauptbibliothek / Zentralbibliothek Zürich

Copyright © 2011–2017 by Walter de Gruyter GmbH

Powered by PubFactory